

Seite 4

Geht Energiewende ohne SuedLink?
Podiumsdiskussion

Seite 6 und 7

Hilfe für Flüchtlinge:
Grüne Flüchtlingspolitik für
Niedersachsen ist erfolgreich

Seite 8

Bevölkerungswachstum und
Mietenanstieg

GRÜNE SEITEN



BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN IN DER REGION HANNOVER

Medizinstrategie 2020

Zukunft des Klinikum Region Hannover in kommunaler Trägerschaft sichern

Spätestens seit 2011 ist bekannt, dass sich das Klinikum Region Hannover (KRH) in einer kritischen wirtschaftlichen Lage befindet. Eine drohende Zahlungsunfähigkeit wurde durch eine Aufstockung des Eigenkapitals in Höhe von 75 Millionen Euro durch die Regionsversammlung abgewendet. Verbunden mit dieser Zahlung war die Aufforderung an das KRH, die Defizitentwicklung zu stoppen. Mit den Stimmen der ArbeitnehmerInnen im Aufsichtsrat wurde das Konsolidierungs- und Zukunftsprogramm II verabschiedet. Dieses setzt auf Optimierung, Effizienzsteigerung und sieht den Abbau von 400 Vollzeitstellen vor. Maßnahmen müssen ergriffen werden, sonst bleibt es bei einer jährlichen Defizitentwicklung von über 20 Millionen Euro.

Qualitätssicherung der medizinischen Versorgung

Die von der Geschäftsführung des KRH vorgelegte Medizinstrategie 2020 wurde in Arbeitsgruppen aus dem Klinikum entwickelt. Alle Standorte von Krankenhäusern waren vertreten, die Beschlüsse wurden im Konsens gefasst. Ziel der Medizinstrategie ist es, die Qualität zu stärken, zukunftssichere Strukturen aufzubauen und die Wirtschaftlichkeit zu verbessern. Immer mehr Patienten entscheiden sich vor geplanten Operationen über Bewertungsportale für eine Klinik. Derzeit werden die medizinischen Leistungen der Krankenhäuser des KRHs in allen Bewertungsportalen (weiße Liste, AOK, externe Krankenhausrankings) nur mittelmäßig bewertet. Dies liegt nicht an den Leistungen des Personals, die Gründe sind: zu geringe Fallzahlen pro Operation, mangelnde technische Ausstattung, schlechte Standards in der Unterbringung. Nur durch eine Konzentration der Leistungen und eine Spezialisierung ist mehr Qualität erreichbar. Dies bedeutet, dass in den kommenden Jahren Investitionen



Foto: CC BY-SA 2.0 Krankenhaus/ blue_org / flickr.com

Leere Krankenhausbetten rentieren sich nicht.

gezielt zur Qualitätsverbesserung eingesetzt werden müssen.

Die Region Hannover ist mit jährlich ca. 15 Millionen Euro durch die Krankenhausumlage an der Krankenhausfinanzierung des Landes Niedersachsen beteiligt. Das Land

entscheidet, wie Investitionsmittel zurückfließen. Die Ansagen des Landes sind klar: Investitionsmittel gibt es nur für zukunftssichere Strukturen. Das Medizinkonzept sieht Investitionen vor: Neubau ei-

Fortsetzung Seite 3

Inhalt

- 2 Editorial
- 1 Medizinstrategie 2020
- 3 Comic by GENRE
- 4 Geht Energiewende ohne SuedLink?
- 5 Bezirksrat Misburg-Anderten
- 6 Hilfe für Flüchtlinge
- 8 Bevölkerungswachstum & Mietenanstieg
- 9 Fraktion wählt neue Vorsitzende
- 10 Willkommen im Team!
- 10 Angekommen, um zu verändern!
- 11 Primark-Aktion der Grünen Jugend
- 12 Agrarwende
- 13 Zum Mauerfall in Leipzig
- 14 Was sich hinter TTIP, CETA & TiSA verbirgt
- 15 GRÜNE Verkehrswende vorantreiben
- 16 Bericht aus dem Bundestag
- 16 Bericht aus dem Landtag
- 17 Bericht aus der Region
- 17 Bericht aus dem hannoverschen Rathaus
- 18 Wir trauern um Almut Peters-Bröcking
- 19 Vanillekipferl
- 19 Impressum
- 20 Glosse: Esst doch was ihr wollt!

Liebe Freundinnen und Freunde,

Wir Grünen hatten dieses Jahr nicht allzu viel zu tun – zumindest wenn man glauben würde, was die Medien in der letzten Zeit landauf, landab verkündet haben. In Kommunen, Region, Land und Bund sollen uns unsere Kernthemen so verloren gegangen sein, als dass wir diese bereits in den Programmen anderer Parteien suchen müssten.

Dabei sind unsere Terminkalender voll wie selten zuvor – die Liste der Themen, für die es grüne Politik braucht, wird nicht kürzer, sondern immer länger. Denken wir an die Energiewende: Allein mit dem Beschluss, aus der Atomenergie auszusteigen, ist die Energiewende noch lange nicht geschafft und es stellen sich viele neue Fragen: Wohin mit dem Atommüll? Woher soll zukünftig die benötigte Energie kommen? Brauchen wir Fracking und/oder neue Stromtrassen von Nord nach Süd? Wer soll die Energiewende bezahlen?

Und auch der Klimawandel bleibt im Fokus. Angela Merkel, die sich lange als „Klimakanzlerin“ feiern ließ, verabschiedet sich Stück für Stück von einem ernsthaften und Erfolg versprechenden Konzept. Die Fragen bleiben unbeantwortet: Können wir den globalen „Turnaround“ noch schaffen? Was kann und muss jeder Einzelne tun, damit der Eisbär zukünftig noch Eis unter den Füßen hat und Hannover nicht zur Hafenstadt wird? Oder die Agrarwende: Wie können wir es schaffen, dass es für Nutztiere ein Leben vor dem Schnitzel gibt? Sind die sich ausweitenden Antibiotikaresistenzen es wert, dass ein Kilo Fleisch unter 5 Euro kostet?

Hinzu kommen die unzähligen Probleme, mit denen wir uns vor Ort beschäftigen müssen, weil sie nicht im Fokus der großen Volksparteien stehen. Menschenwürdige Unterbringung und gute Betreuung von Flüchtlingen, überdimensionierte Umgehungsstraßen, für die unzählige Bäume gefällt werden müssen, Geschlechtergerechtigkeit, ausreichende und qualifizierte Betreuung – auch das ist nur ein winziger Ausschnitt der Herausforderungen, mit denen wir Grüne uns auseinandersetzen haben.

Für die meisten von uns wird es schönere Dinge geben, mit denen wir uns in unserer Freizeit beschäftigen könnten, als mit TTIP, CETA, Genmais oder Fracking. Aber wir werden keine Zeit finden, um vor Langeweile in Programmen anderer Parteien nach neuen Themen zu suchen!

Frauke Patzke und Stefan Körner

**Vorsitzende
Regionsverband Hannover**



Medizinstrategie 2020 Fortsetzung von Seite 1

nes Krankenhauses im Umland, Nachnutzungskonzept für Springe, Stärkung des stationären Bereichs in Gehrden, Ausbau der geriatrischen Abteilungen an mehreren Standorten, Modernisierung der Notfallaufnahmen, Ausbau leistungsstarker Bereiche, wie Urologie und Pneumologie.

Krankenhausneubau im Umland

Auch die Entscheidung für den Krankenhausneubau Siloah war heftig umstritten. Heute verfügt Hannover über eine der modernsten Kliniken in Deutschland, die seit dem ersten Tag voll ausgelastet ist. Durch den geplanten Neubau im Umland sollen die Häuser in Großburgwedel und Lehrte ersetzt werden. Die Geschäftsführung soll Machbarkeit und Finanzierung prüfen, bis Ende 2015 soll eine Entscheidung fallen. Der Standort des Neubaus kann auch in Lehrte oder Großburgwedel liegen. Mit einer Fertigstellung wird bis zum Jahr 2020 gerechnet, bis dahin muss der Betrieb der Häuser auch durch weitere Investitionen gesichert werden.

Kliniken in Gehrden und Springe werden zusammengefasst

Schon heute diagnostizieren und operieren ÄrztInnen aus Gehrden auch in Springe. Zukünftig soll die stationäre Versorgung auf Gehrden konzentriert werden. Mit einem zweitem Bauabschnitt soll der Standort Gehrden gestärkt werden. In Springe ist ein Nachnutzungskonzept mit ambulanter Notfallversorgung geplant. Es gibt auch Überlegungen, das Krankenhaus Springe zukünftig als Spezialklinik, etwa für langzeitbeatmete PatientInnen zu nutzen. Die Konzepte dafür sollen in enger Abstimmung mit der Stadt Springe geprüft werden.

Geburtshilfe

In die Geburtshilfestationen des KRHs wurde in den vergangenen

Jahren zu wenig investiert. Die Mitbewerber Diakonie und MHH haben ihre Geburtshilfe zu perinatalen Zentren mit hohem Qualitätsstandard ausgebaut. Sie decken den Grundbedarf in der Stadt. Die Versorgung im Umland ist nicht befriedigend, deshalb soll die die Geburtshilfe in Großburgwedel erhalten bleiben und die Geburtshilfe in Neustadt modernisiert werden.

Die Aufgabe der Geburtshilfe im Nordstadt Krankenhaus ist ein schwerer Schritt, der nur mitgegangen werden kann, wenn der Bedarf für Frauen mit Migrationshintergrund in der Region gedeckt ist und wenn vereinbart ist, dass das Personal von den zukünftigen Trägern Diakonie und MHH übernommen wird. Der Erhalt der Hebammenschule muss gesichert werden. Auch der Bedarf von ambulanten Geburtshäusern sollte geprüft werden.

Kommunaler Arbeitgeber KRH

Das KRH ist einer der bedeutendsten öffentlichen Arbeitgeber in der Region Hannover. Es ist der Wille aller, das KRH in kommunaler Trägerschaft zu halten. Tariftreue und eine sozialverträgliche Umsetzung der Maßnahmen mit enger Beteiligung der Bediensteten sind Voraussetzung für das Gelingen der Umsetzung der Medizinstrategie 2020.

SILKE STOKAR

**Regionsabgeordnete
silke.stokar@
gruene-fraktion.region-hannover.de**



Geht Energiewende ohne SuedLink?

Podiumsdiskussion mit Power am 11.11.14

Das Kernanliegen der Grünen ist der gleichzeitige Ausstieg aus der Atomenergie und den fossilen Energieträgern. Die Energiewende erfordert einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energieerzeugung und eine drastische Energieeinsparung. Bedeutet das auch, dass regionale und überregionale Stromnetze erheblich ausgebaut werden müssen?

Als erster Redner war Prof. Dr. von Hirschhausen über Skype zugeschaltet. Er stellte vier Thesen für eine effiziente Umsetzung der Energiewende vor: 1. Das Ziel ist eine CO₂- und atomfreie regenerative Energieerzeugung. 2. Die deutschen Netze sind sehr gut, es gibt aktuell keine Engpässe. 3. Ein Teil des Netzausbaus dient nicht der Energiewende, sondern der Auslastung von Kohlekraftwerken. 4. Die energiewirtschaftliche Notwendigkeit neuer Stromtrassen ist nicht geklärt. „Applaus!“

Danach stellte Stefan Wenzel, niedersächsischer Umweltminister, dar, was die Folgen eines „Weiter so wie bisher“ wären: Stürme, Dürren, Hochwasser, Feuer, Artensterben. Er forderte, einen Kohleausstiegsplan, einen wirkungsvollen Emissionshandel und eine Energiewende in Europa. Der Netz-Ausbau, vielleicht auch der Netz-Neubau, ist nötig, um den sauberen Strom aus dem Norden in den Süden zu transportieren. Widerspruch aus dem Publikum: „Seehofer soll endlich die regenerativen Energien ausbauen, dann werden die Netze nicht gebraucht! So lange wir keine Daten und Fakten haben, muss man davon ausgehen, dass das Netz für Kohlestrom ausgebaut wird!“

Oliver Krischer, NRW-grüner Bundestagsabgeordneter gab zu bedenken, dass Strom aus Wind und Sonne nicht kontinuierlich fließt. Überschuss und Nachfrage müssten über Regions- und Ländergrenzen hinweg ausgeglichen werden. Der Norden baut die Windkraft aus, es entstehen Überkapazitäten. Das muss transportiert werden. Seine Forderung: Vorhandene Leitungen nutzen und – nur wo unbedingt



Foto: GRÜNE

Auf dem Podium von links nach rechts: Katrin Beyer (Energieforschungszentrum Niedersachsen), Stefan Wenzel (Umweltminister), Oliver Krischer (MdB), Frauke Patzke (Vorsitzende grüner Regionsverband), Robert Mieth und Richard Weinhold (beide TU Berlin) und Judith Paeper (DIW).

nötig – ausbauen, Erdkabel ermöglichen und mehr BürgerInnen-Beteiligung. Einwand aus dem Publikum: „Für die Erdverkabelung werden Wiesen und Wälder umgepflügt.“

Katrin Beyer vom Energieforschungszentrum Niedersachsen referierte schließlich über das Thema, von dem so viele im Publikum die Lösung erwarteten: Speicher. Sie stellte das Projekt Power to Gas vor.

Es war die Rede von Methanisierung, von Elektrolyse und Wasserstoff-Infrastruktur – vor allem aber von Pilotprojekten. Da stand dann die Frage im Raum, wann Speicher großtechnisch einsetzbar seien. Schließlich würden die Planungen ja auch 10-15 Jahre dauern, war ein Einwurf. Außerdem würde man 20 Mrd. Euro für den Netzausbau rechnen, dieses Geld solle in die Entwicklung von Speichern gesteckt werden.“

Fazit: Die Veranstaltung war sehr informativ. Sie konnte und sollte nicht das Spannungsfeld pro und contra SuedLink auflösen. Das Wissenschaftsteam um Prof. Dr. von Hirschhausen hat offen gelassen, ob ihre grundsätzliche Kritik auch für SuedLink gilt – dafür liegen ihnen bislang keine Zahlen vor. Wir sind gespannt, zu welchem Ergebnis ihre rechnerische Überprüfung kommt.

JANINE DROLINVAUX
Redakteurin Grüne Seiten
janine.susanne@web.de



Bezirksrat Misburg-Anderten

Anpacken für eine erfolgreiche Flüchtlingspolitik

Der Stadtbezirk Misburg-Anderten ist seit Jahren einer der Stadtteile in Hannover, die eine große Zahl von Flüchtlingen beherbergt. Diese leben in Mietwohnungen und in vier privat betriebenen Flüchtlingsunterkünften mit insgesamt 240 Plätzen. Es gibt kleine Wohngruppen für Frauen mit und ohne Kinder in Anderten bis zur viel zu großen Flüchtlingsunterkunft auf dem Deurag-Nerag Gelände in Misburg mit 120 Plätzen. In Kürze werden aufgrund der aktuellen weltweiten Krisen mehrere Wohncontainer mit weiteren 100 Flüchtlingen dazukommen.



Foto: Charlotte Schwarz

Das Willkommensfest war ein Publikumsmagnet.

Erfolgreicher Start für konkrete Hilfe

Anfang des Jahres richtete der Bezirksrat gemeinsam mit dem Integrationsbeirat und den Flüchtlingsunterkünften ein großes Willkommensfest für Flüchtlinge aus. Dort fand auch der erste Austausch von Ehrenamtlichen statt, die Kontakt zum Unterstützerkreis suchten. Es trafen sich Menschen, die ihre Hilfe bei der Integration von Flüchtlingen anboten. Weitere Aktionen folgten. Beispielsweise Deutschkurse vor Ort oder ein Straßensommerfest vor einem der Flüchtlingsheime, um die Kontakte zu verbessern und um Ängste abzubauen.

Unterstützung durch den Bezirksrat

Die grüne Bezirksratsfraktion ist gefragt. Denn Anträge auf Finanzierung von sinnvollen Freizeitangeboten oder von Hilfe zur Alltagsbewältigung werden so zerredet, dass

einem der Kragen platzen könnte. Immer wieder gilt es gegen die Oppositionspolemik „wir wollen keine Bespaßung der Flüchtlinge in der Freizeit“ argumentativ vorzugehen. Als ob die freie Zeit freiwillig wäre!

Leider spielt die Stadtverwaltung der Opposition in die Hände. Ängste vor Überfremdung können nicht aufgefangen werden, wenn wir erst kurz vor der Pressemeldung von geplanten Neuerungen – wie zum Beispiel die Wohncontainer in Anderten – informiert werden. Eine Mitgestaltung besteht nicht, detaillierte Infos: Fehlanzeige. Allerdings: Die Kommunikation der Stadtverwaltung mit dem Bezirksrat ist im Laufe der letzten beiden Jahre schon viel besser geworden.

Die gute sozialen Standards ausbauen

Wir Grünen bleiben weiterhin sehr aufmerksam, ob die guten sozi-

alen Standards in der Flüchtlingsunterbringung in Hannover weiterhin gehalten werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Ehrenamtlichen viel mehr professionelle Unterstützung bekommen. Und wir fordern dringend unterstützende Rahmenbedingungen für die Schulen und Kitas im Stadtbezirk, die oftmals traumatisierte Kinder ohne Deutschkenntnisse von heute auf morgen in den Alltag integrieren sollen.

UTA ENGELHARDT
stv. Bezirksbürgermeisterin
Misburg-Anderten
Uta.Engelhardt@web.de



Hilfe für Flüchtlinge

GRÜNE Flüchtlingspolitik für Niedersachsen ist erfolgreich

Niedersachsen setzt alles daran, Flüchtlinge so gut wie möglich unterzubringen und zu betreuen. Die mittellose und traumatisierten Flüchtlinge benötigen unseren Schutz und unsere Hilfe.



Foto: GRÜNE

Treffen vor dem Landtag: Sudanesische Flüchtlinge mit der Landesbeauftragten für Migration und Teilhabe, Doris Schröder-Köpf, (Mitte) und den grünen Abgeordneten Filiz Polat (rechts) und Belit Onay (links).

Die Zahl der Flüchtlinge wächst beständig, ein Ende des Flüchtlingsstroms ist nicht abzusehen. Das Land muss diese Flüchtlinge unterbringen und versorgen. Zusammen mit unserem Koalitionspartner SPD konnten wir viele Fehlentwicklungen in der Flüchtlingspolitik korrigieren, für die die schwarz-gelbe Vorgängerregierung verantwortlich zeichnet.

Die MigrantInnen nehmen diese Änderungen positiv wahr. Das freut uns außerordentlich, erinnert uns aber auch immer wieder an unsere Verantwortung und die noch vor uns liegende Arbeit. Leider ist es durch die politische Konstellation im Bund nicht einfacher geworden, eine konsequent positive Flüchtlingspolitik auf allen parlamentarischen Ebenen zu machen. Die von der Bundesregierung unterstützte europäische Flüchtlingspolitik verursacht weiter-

hin Dramen und fordert viele Menschenleben an den Außengrenzen und auf dem Mittelmeer.

Der bei uns Grünen heftig diskutierte „Asylkompromiss“ hat für Niedersachsen insgesamt bedauerlicherweise kaum positive Auswirkungen. Die leidige Gutscheinpraxis haben wir bereits abgeschafft und auch die Residenzpflicht hätten wir bald abgeschafft. Profitieren werden davon aber Flüchtlinge in anderen Bundesländern.

Erste Erfolge

Unsere Politik zeitigt viele Erfolge für die Flüchtlinge: Mit Doris Schröder-Köpf haben wir erstmals eine unabhängige Beauftragte für Migration und Teilhabe eingeführt, die bei allen politischen Entscheidungen auf Teilhabe und Partizipation achtet. Die Inte-

grationskommission des Landtags heißt nun „Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe“ Sie wurde gestärkt und die Veto-Regelung abgeschafft. Vorsitzende ist die grüne Landtagsabgeordnete Filiz Polat.

Die bundesweit anerkannte Arbeit des Flüchtlingsrats Niedersachsen wird im Haushaltsjahr 2014 wieder gefördert: Er erhält Mittel zur Grundausstattung seiner Geschäftsstelle. Das Netzwerk für traumatisierte Flüchtlinge in Niedersachsen wird mit einer Anschubfinanzierung von 100.000 Euro für den Aufbau eines psychosozialen Zentrums unterstützt.

Der Bund hat, auch aufgrund unseres Drucks, inzwischen Aufnahmeanordnungen für insgesamt 20.000 syrische Flüchtlinge erlassen. Wir Grüne begrüßen zwar das Flüchtlingsaufnahmeprogramm des Bundes, halten die Kontingente aber

in Anbetracht der katastrophalen Lage im Nahen Osten für immer noch viel zu gering. Die Härtefallkommissionsverordnung wurde gerechter gestaltet und kann nun ihrem humanitären Auftrag effektiver nachkommen. Angehörige von ethnischen Minderheiten, Familien, Kinder und allein reisende Frauen werden besonders geschützt.

Willkommenskultur fängt in den Ausländerbehörden an. Im Rahmen eines Pilotprojekts wollen wir die Ausländerbehörden bei weiteren Verbesserungen ihrer Serviceorientierung und interkulturellen Ausrichtung beraten und begleiten. In den Kommunen wollen wir schnellstmöglich dezentrale Wohnungsunterbringung organisieren und Sozialstandards sichergestellt.

Noch mehr zu tun

Angesichts der humanitären Missstände in einigen EU-Mitgliedsstaaten halte ich Abschiebungen nicht in alle EU-Staaten für verantwortbar. Wir brauchen klare Regelungen zum Schutz der Betroffenen. Die EU-Binnenstaaten müssen ebenfalls Verantwortung übernehmen und die „außen“ liegenden Staaten entlasten.

Die medizinische Versorgung ist in Niedersachsen insbesondere für Flüchtlinge ohne Aufenthaltspapier nur unzureichend geregelt. Oft scheitern notwendige Behandlungen daran, dass die Betroffenen aus Angst vor Entdeckung nicht wagen, sich in Behandlung zu begeben. Wir haben deshalb einen Antrag in die Landtagsberatung eingebracht, um das Problem zu lösen.

Rot-Grün wird sich auf der Bundesebene für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) einsetzen. Wir wollen, dass die Betroffenen stattdessen Sozialleistungen wie Deutsche erhalten, abhängig davon, ob sie erwerbsfähig sind oder nicht.

Die rot-grüne Koalition wird sich im Bundesrat und in der Innenministerkonferenz für eine wirksame gesetzliche Bleiberechtsregelung mit Sozialklausel, ohne Stichtag und „Sippenhaft“ einsetzen. Die unzumutbar hohen Anforderungen an die Lebensunterhaltssicherung sol-

Neues Recht für AsylbewerberInnen und Geduldete

- Bosnien-Herzegowina, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien sowie Serbien wurden zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt.
- AsylbewerberInnen und in Deutschland Geduldete bekommen höhere Leistungen für den Lebensunterhalt. Zukünftig besteht nach 15 Monaten Aufenthalt in Deutschland der Anspruch auf Sozialhilfeniveau nach dem Sozialgesetzbuch.
- Der Einstieg in die gesetzliche Krankenversicherung mit einer Gesundheitskarte für Flüchtlinge wurde auf den Weg gebracht. Die Länder können nun mit Gewissheit eine solche Gesundheitskarte einführen. Niedersachsen wird von dieser Möglichkeit Gebrauch machen.
- Im Falle des Betrugs oder Missbrauch hinsichtlich Schwarzarbeit, illegaler Beschäftigung und Kindergeld werden Wiedereinreisepflichten eingeführt.
- In Deutschland Geduldete dürfen nach Vorrangprüfung künftig bereits nach drei Monaten arbeiten. AsylbewerberInnen und Geduldete dürfen nach 15-monatigem Aufenthalt im Bundesgebiet ohne Vorrangprüfung eine Erwerbstätigkeit aufnehmen.
- Ab dem vierten Aufenthaltsmonat können sie sich in der Bundesrepublik frei bewegen.
- Zukünftig erhalten AsylbewerberInnen nur noch in der so genannten Erstaufnahmephase Sachleistungen.

Entlastung für Kommunen und Länder

- Länder und Kommunen können Immobilien des Bundes zur Unterbringung von AsylbewerberInnen mietfrei nutzen.
- Der Bund entlastet Länder und Kommunen in den Jahren 2015 und 2016 um insgesamt eine Milliarde Euro (jeweils 500 Mio. EUR)

len gesenkt, die Mitwirkungspflichten verhältnismäßig beschränkt werden. Ausbildungsverbote lehnen wir ab, ebenso Kopfnoten für Integrationsbeurteilungen. Letztere dienen nur dazu, Abschiebungen zu legitimieren.

Der Beschluss, jährlich mindestens 300 Flüchtlinge im Rahmen des Resettlementverfahrens dauerhaft aufzunehmen, war 2011 ein erster Schritt. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass diesen Menschen ein Flüchtlingsstatus analog der Genfer Flüchtlingskonvention zuerkannt wird.

Das humanitäre Aufenthaltsrecht ist nach unserer Auffassung großzügig im Sinne der Betroffenen anzuwenden. Dabei muss sichergestellt werden, dass Menschen, die wegen

ihrer Verwurzelung in Deutschland nicht abgeschoben werden können, eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Wenn sich bei langjährig Geduldeten und hier sozial Verwurzelten herausstellt, dass deren Eltern eine falsche Identität angegeben haben, muss es leichter möglich sein, diesen Menschen einen Pass zu beschaffen.

Es gibt noch viel zu tun. Wir bleiben am Ball, für die Flüchtlinge, für die Migrantinnen und Migranten. Denn die Flüchtlinge und Migranten von heute werden unsere Nachbarn von morgen sein.

BELIT ONAY
Landtagsabgeordneter
belit.onay@
lt.niedersachsen.de



Bevölkerungswachstum & Mietenanstieg

Perspektiven städtischer Wohnungspolitik

Eine Veranstaltung des grünen Stadtvorstandes im Oktober 2014 diskutierte die Frage, ob bei Neubauvorhaben feste Quoten für geförderten Wohnraum erforderlich seien. Eine Mischung von Maßnahmen, bei Neubau wie im Bestand, wird perspektivisch stärker in städtische Wohnungspolitik einfließen müssen.

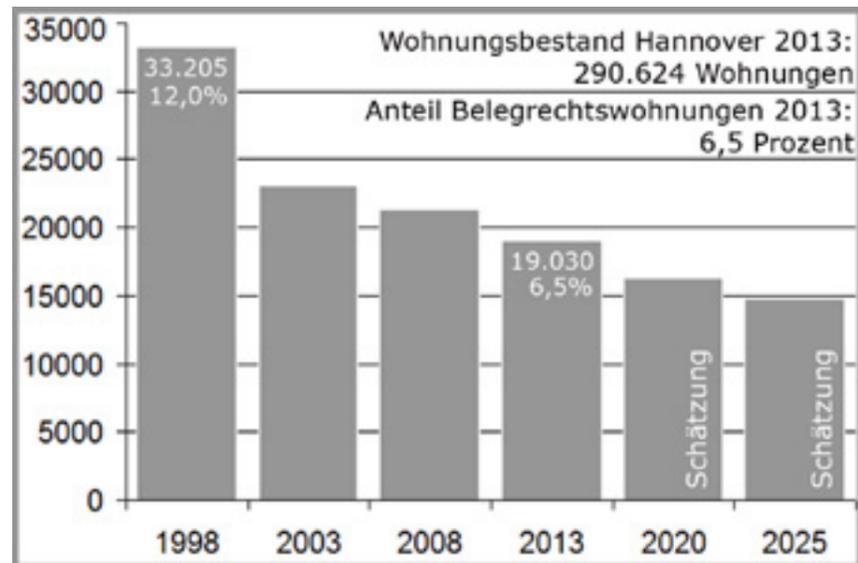
Noch 2012 hatte die Stadtverwaltung einen mäßigen Anstieg um 10.000 Menschen bis 2025 prognostiziert. Anschließend würde der demografische Faktor unerbittlich den Bevölkerungsrückgang weiter fortschreiben. Alle Planungen, von Kitas über Schulen bis hin zum Wohnungsbau, so die Devise, seien mehr oder weniger aus der Perspektive der stagnierenden Stadt zu berechnen.

Attraktivität der Großstadt

Gegen diese Einschätzung sprechen allerdings die angespannte Lage bei der Suche nach Kita- und Schulplätzen, steigende Mieten und spürbarer Zuzug in die Stadt. Als Ursache werden Landflucht und eine neue Attraktivität der Großstadt angenommen, Kategorien, die die amtliche Statistik nur schwer einzuschätzen vermag. So sah sich die Stadt Hannover bereits 2014 gezwungen, die Prognose drastisch nach oben zu korrigieren. Es wird geschätzt, dass die Zahl der EinwohnerInnen bis 2025 um 30.000 Menschen auf 544.000 steigt. Temporäre oder auch dauerhafte Zuzüge



Sanierte Altbauten führen zu Mietpreissteigerungen.



Belegrechtswohnungen in der Stadt Hannover.

Quelle: Eigene Berechnungen

von Flüchtlingen in die Stadt sind dabei noch nicht berücksichtigt.

Auch wenn der Rat 2013 vorausschauend 7.800 neue Wohnungen auf den Weg brachte, reichen die Anstrengungen bei weitem nicht, den Wohnungsmarkt zu stabilisieren.

Mietsteigerungen als Verdrängungseffekt

Die prognostizierte Verdreifung des Bevölkerungsanstieges wirft die Frage auf, welche Konsequenzen sich aus der neuen Wohn-Attraktivität der Stadt Hannover ergeben. Vor allem Mietsteigerungen und daraus resultierende Verdrängungseffekte werden erwartet. Zunehmend ziehen finanziell gut gestellte Berufsgruppen in die zentrumsnahen Stadtteile. Sie setzen auf aufwändig sanierte Altbauten oder anspruchsvolle neue Stadthäuser. Es könnten dann günstigere Wohnungen auf den Markt kommen, so die „Sickerthese“. Wahrscheinlicher aber ist ein Mitnahmeeffekt an Mietsteigerung, der bis in die unteren Mietpreissegmente zu streuen droht. Auch die vage Hoffnung, steigende Mietpreise könnten weiteren Zuzug in die Stadt verhindern, übersieht, dass genau diese Aufwertung weiteres Interesse weckt.

Eine Ära geht zu Ende

Am 18. Dezember übergibt Lothar Schlieckau den grünen Fraktionsvorsitz im Rat der Stadt Hannover an Freya Markowis.



Freya Markowis und Lothar Schlieckau

Wichtig ist es daher, den Blick auf die untersten Mietpreissegmente zu lenken. Denn unterhalb von sechs Euro Kaltmiete verknappt sich das Angebot. Insbesondere Rentnerinnen, Alleinerziehende und Transferleistungsbeziehende können kaum noch mithalten.

Neue wohnungspolitische Impulse im Bestand und beim Neubau

Auch wenn es für Städteplaner und Investoren attraktiv sein mag, auf Hochpreisimmobilien und Einfamilienhäuser zu setzen, brauchen wir jetzt aktivierende Impulse in der Wohnungspolitik, im Bestand wie beim Neubau.

1. Bis heute verlieren wir in Hannover 300 bis 500 Sozialwohnungen jährlich. Hier benötigen wir dringend einen Stopp des Abbaus von Belegrechten und Ideen, wie wir die ausgesprochen ungleich in der Stadt verteilten Belegrechte neu sortieren.

2. In den Stadtteilen, wo Mietenanstieg zu Wohnungsnot führt, sind Maßnahmen wie Mietpreisbremse, Erhaltungssatzung oder städtebauliche Sanierungsmaßnahmen auszuloten.

3. Bis heute haben wir in Hannover noch keine verlässliche Quote an gefördertem Wohnraum bei Neubauvorhaben. So können bei Neubauquartieren regelmäßig Belegrechte runtergehandelt werden. Stadtpolitik hat aber das Recht und die Pflicht, bei der Entwicklung von Grundstücken in Form von städtebaulichen Verträgen darauf zu achten, dass alle Bevölkerungsgruppen in ihren Wohn-Bedürfnissen berücksichtigt werden.

Wohnungspolitische Steuerung geht vor maximalen Käuferlös. Die Rendite wird sich in der sozialen Mischung wiederfinden. Die Heterogenität der meisten hannoverschen Stadtteile, das zeigt auch der Zuzug, macht die Lebensqualität Hannovers aus. Daran müssen wir festhalten.

DANIEL GARDEMIN
Stadtvorstand
daniel@gardemin.de



„Ich freue mich über das Vertrauen meiner Fraktion und übernehme gerne die Aufgabe des Fraktionsvorsitzes“, sagt Freya, designierte Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN Ratsfraktion. „Ich werde verantwor-

tungsvoll mit der neuen Aufgabe umgehen. Dabei habe ich größten Respekt vor Lothar und seine Arbeit über all die Jahre“, so Freya. „Als leidenschaftliche Bürgerin Hannovers möchte ich das fortführen – für die Lebensqualität aller in dieser Stadt“.

Lothar bleibt bis zum Ende der Ratsperiode im Rat und in der Fraktion. „2016 werde ich nicht mehr kandidieren und nach dann 25 Jahren der Ratstätigkeit dieses Kapitel beenden“, ergänzt Lothar.

Neben der Wahl zum Fraktionsvorsitz hat die GRÜNE Ratsfraktion den Fraktionsvorstand turnusmäßig nach der Hälfte der Wahlperiode gewählt: Wiedergewählt wurden die bisherigen Mitglieder im Fraktionsvorstand Ingrid Wagemann, Michael Dette und Pat Drenske. Neu in den Fraktionsvorstand gewählt ist Silvia Klingenburg-Pülm. Mit ihr und Freya Markowis bleibt der Fraktionsvorstand wie bisher fünfköpfig.

GÜNTER WULFERT
Geschäftsführer
guenter.wulfert.gruene@hannover-stadt.de



Willkommen im Team!

Kathrin Kuhfß und Imke Knoll bereichern Geschäftsstelle der Ratsfraktion

Kathrin Kuhfß wird als Fraktionsmitarbeiterin in unserer Geschäftsstelle für die Fachbereiche Soziales, Organisation & Personal zuständig sein. Darüber hinaus auch für den Bereich Büroorganisation und Buchführung. Kathrin ist Mitglied der Grünen Regionsfraktion und dort die Gleichstellungspolitische Sprecherin.



Imke Knoll und Katrin Kuhfß

Foto: GRÜNE

Imke Knoll wird als Fraktionsmitarbeiterin für die Fachbereiche Gleichstellung, Migration und Rechtsextremismus zuständig sein. Imke vertritt Eva für ihre Elternzeit bis Ende Mai 2015. Imke ist Mitglied der Grünen Bezirksratsfraktion im

Stadtbezirk Bothfeld-Vahrenheide und dort die Fraktionsvorsitzende.

Nach dem Weggang von Gabi Bartoszak Ende August und dem Be-

ginn der Elternzeit von Eva Vojinovic Anfang November ist unser Büro damit wieder vollständig.

Wir freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit im Team und mit der Ratsfraktion! Und Eva wünschen wir einen wunderschönen Start in die Elternzeit!

GÜNTER WULFERT
Geschäftsführer
guenter.wulfert.gruene@hannover-stadt.de



Angekommen, um zu verändern!

Regina Asendorf, Expertin für nachhaltige Landwirtschaft und für Wasserschutz, ist die vierte Abgeordnete aus der Region Hannover im niedersächsischen Landtag.



Foto: Sven Brauers

Landtagsabgeordnete Regina Asendorf aus Laatzen.

Im September bin ich von der Landesliste in den Landtag nachgerückt. Ich bin Agraringenieurin und war fast 25 Jahre bei der Landwirtschaftskammer Niedersachsen mit den Schwerpunkten Wasserschutz, Klimawandel, Regionalplanung und Nachhaltige Landwirtschaft tätig.

ich die neue Sprecherin für Bundes- und Europaangelegenheiten, womit ich ein sehr großes und für Niedersachsen bedeutsames Themengebiet abdecken werde. Des Weiteren bin ich Mitglied im Petitionsausschuss der sich aufgrund Art. 17

Es ist daher konsequent, dass ich wasserpolitische Sprecherin geworden bin und damit aktuell wichtige Themen rund um den Schutz des Wassers bis hin zur Düngeverordnung, ebenso wie den Hochwasserschutz und die Nutzung des Wassers landespolitisch gestalte. In dieser Funktion werde ich im Umweltausschuss und Agrarausschuss mitwirken. Außerdem bin

Grundgesetz mit dem Petitionsrecht beschäftigt.

Ich bin seit 2011 Ratsfrau der Stadt Laatzen. Diese regionale Verbundenheit erleichtert mir den Zugang zu meinen Wahlkreisen Laatzen und Springe. Außerdem freue ich mich künftig die Landkreise Friesland und Vechta betreuen zu dürfen.

Maaret, Thomas, Belit und ich werden die Region Hannover nun noch stärker im Landtag vertreten.

REGINA ASENDORF
Landtagsabgeordnete
regina.asendorf@lt.niedersachsen.de



Primark-Aktion der Grünen Jugend

Kleidertausch gegen menschenverachtende Arbeitsbedingungen

Ein Prozent. So wenig ist in der Textilindustrie für die NäherInnen an Lohnkosten eingeplant. Bei Primark kostet ein T-Shirt 3 Euro, also nur 3 Cent an Lohnkosten. Dass davon niemand leben kann ist klar. Zusätzlich riskieren die NäherInnen auch noch ihr Leben in den völlig maroden Fabriken.

Die Missstände sind groß: Unter lebensgefährlichen Bedingungen werden Textilien in Massenproduktion und unter Einsatz gesundheitsschädlicher Chemikalien zum Dumpingpreis hergestellt. Immer wieder stürzen Fabrikgebäude ein und begraben NäherInnen unter sich. Schockiert hatte viele der in einem Primarkshirt eingnähte Hilferuf.

Grüne Aktion für faire Kleidung

Um darauf aufmerksam zu machen, hat die Grüne Jugend Hannover am 13. September in Hannover eine Kleidertauschparty sowie einen Infostand aufgebaut. Ziel der Aktion war es einerseits die Problematik aufzuzeigen und gleichzeitig auch erste Lösungsvorschläge zu präsentieren. An unserem Stand konnten sich die Menschen über die Situation der ArbeiterInnen in der Textilindustrie informieren. Außerdem wurden verschiedene Alternativen aufgezeigt. So kann zum Beispiel beim Kauf auf entsprechende Fair-Trade Siegel geachtet werden. Oder aber



Foto: GRÜNE JUGEND

Am Stand der GRÜNEN JUGEND in der City.

es muss gar nichts „Neues“ sein, denn oftmals gibt es gute Kleidung zum kleinen Preis im Second-Hand Shop. Auch Projekte wie Kleiderkreisel oder Kleidertauschpartys vermeiden unnötige Neuanschaffungen, sparen Geld, sind ökologischer und machen gleichzeitig viel mehr Freude als der stumpfe Konsum.

Kleidertauschparty vor Primark

An unserem Stand haben wir eine Umkleidekabine aufgebaut. Unsere Botschaft: Neue Klamotten gibt's nicht nur im Laden. Tausche hier deine Sachen gegen ein ökologisch sinnvolles Outfit ein! Die Klamotten hatten wir als Spende vom Second-Hand-Shop „Glücksgriff“ aus der Nordstadt bekommen.

Die Resonanz der PassantInnen auf unsere Aktion war größtenteils positiv und manch eine(r) hat sogar Klamotten an unserem Stand getauscht.

Tipps und eine Karte mit weiteren Second-Hand-Shops in Hannover findet Ihr auf:

<http://www.gjhannover.de/second-hand>



Foto: GRÜNE JUGEND

Kleidertausch für eine nachhaltige Nutzung.

SIMON GERNDT
GRÜNE JUGEND Hannover
simon.gerndt@googlemail.com



Was sich hinter TTIP, CETA & TiSA verbirgt

Freihandel ja – aber nicht auf Kosten von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Freier Handel ist nicht per se schlecht – er kann einen Beitrag zur Völkerverständigung, zu Ausgleich und Frieden leisten. Er muss aber grundsätzlich transparent sowie demokratisch und rechtsstaatlich legitimiert sein!

Freier Handel ist eigentlich eine gute Sache, auch der Binnenmarkt der Europäischen Union ist eine Freihandelszone. Seit die drei Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA in die Diskussion geraten sind, steht das aber im Hintergrund.

Unternehmensinteressen versus Rechtsstaat

Die KritikerInnen bemängeln, dass durch diese Freihandelsabkommen einseitig Unternehmensinteressen gestärkt, demokratisch legitimierte Regulierungsmöglichkeiten eingeschränkt und soziale, ökologische sowie Verbraucherstandards abgesenkt werden könnten.

Der Widerstand gegen CETA (Abkommen zwischen der EU und Kanada) und TTIP (EU/USA) fokussiert sich auf die so genannten Investor-Staats-Schiedsverfahren (ISDS). Ausländische Unternehmen können auf diesem Wege die ordentliche Gerichtsbarkeit umgehen. Demokratisch legitimierte Entscheidungen können so zu „Entschädigungszahlungen“ für entgangene, zukünftige Gewinne führen. Diese privaten Schiedsgerichte sind intransparent und nicht am Gemeinwohl orientiert; eine Berufung ist nicht möglich.

Bereits seit Ende der 50er Jahre finden sich ähnliche Regelungen in über 130 von Deutschland abgeschlossenen Investitionsschutzabkommen. Ursprünglich ging es

darum, Firmen in Ländern ohne rechtsstaatliche Prinzipien zu schützen. Heute scheint sich aber auch die Auslegung der Regeln zu ändern: In den letzten Jahrzehnten sind sowohl die Zahl der Klagen als die Summen, um die geklagt wurde, sprunghaft angestiegen. Der bekannteste Fall ist die Klage von Vattenfall auf Grundlage der europäischen Energiecharta gegen den Atomausstieg – Streitwert 4,7 Milliarden Euro. Auch die Klage von Veolia gegen Ägypten, weil dort der Mindestlohn (auf rund 72 Euro im Monat) angehoben wurde, sorgte für Aufsehen. Da die Beteiligten bei CETA und

Dienstleistungen wie der Wasser- oder Energieversorgung, dem Transport- oder Gesundheitswesen.

Europäische Bürgerinitiative – Aktionstag „TTIP und CETA stoppen!“

Nachdem die EU-Kommission die Klage der Bürgerinitiative nicht zugelassen hat, entschied sich das Bündnis „Stop TTIP“ (aus fast 300 Organisationen), eigenständig Unterschriften zu sammeln und Klage gegen die Nicht-Zulassung einzureichen. Auch die Grünen in der Region Hannover haben den europaweiten Aktionstag vor Ort unterstützt.

Inzwischen sind über eine Millionen Stimmen gesammelt – ein großartiger Erfolg in so kurzer Zeit.

Trotz breiter Unterstützung müssen wir weiter vehement gegen eine Aushöhlung unserer Ziele angehen, etwa solidarische Wirtschaften, Schutz kleinbäuerlicher und gemeinwohlorientierter Landwirtschaft, wirksamer Verbraucher-, Daten- und Rechtsschutz und öffentliche Daseinsvorsorge. Stimmt unter www.stop-ttip.org ab! Weitere Informationen wie eine

Musterresolution für Kommunen haben wir auf unserer Internetseite www.regionsgruene.de zusammengestellt.



Handelsabkommen hebeln Schutzvorschriften aus.

Bild: GRÜNE

TTIP demokratische Rechtsstaaten sind, gibt es keine Begründung für private Schiedsverfahren.

Bei TiSA wiederum geht es um ein Abkommen, das seit 2013 zwischen 50 Staaten und der EU zur Liberalisierung von Dienstleistungen verhandelt wird. Besonders kritisch ist dies im Bezug auf öffentliche

MAARET WESTPHELY
Landtagsabgeordnete
maaret.westphely@lt.niedersachsen.de



GRÜNE Verkehrswende vorantreiben

Erhalt vor Neubau & Schiene statt neuer Spatenstiche

Der Verkehr in Deutschland verantwortet rund 20 Prozent der Treibhausgas-Emissionen. Deshalb ist es so wichtig ein ambitioniertes Klimaschutzkonzept für den Verkehr in Deutschland zu entwickeln. Zentralpunkt ist die Verlagerung auf die klimafreundliche Schiene und die Ausweitung der LKW-Maut.

Dobrindt umgeht das Parlament und baut Straßen neu. Währenddessen verfallen Straßen, Brücken und Schienen. Die Klimazerstörung geht weiter. Der Fokus der Verkehrspolitik liegt viel zu stark auf der Straße und dem Auto. Ein echtes Umdenken ist nicht zu erkennen. Die Folgen spüren auch die RadfahrerInnen und FußgängerInnen. Ihre Perspektive wird auf Bundesebene kaum mitgedacht.

Mobilität: vernetzte Verkehrsmittel

Um wirkliche Alternativen zum Individualverkehr zu schaffen, ist es notwendig, die verschiedenen Verkehrsträger miteinander zu verzahnen. Das fängt bei der Taktung von Fahrplänen an, geht über Park and Ride und hört bei Carsharing oder Bikesharing nicht auf.

Klimaschutz: Erhalt vor Neubau

Verkehrspolitik ist immer auch Klimapolitik! Das wird Verkehrsminister Dobrindt wohl nie verstehen. Die Verkehrsinfrastruktur, ob Straße, Schiene oder Wasserstraße, verfällt. Doch statt in deren Erhalt zu investieren, plant Dobrindt einen Straßenneubau nach dem nächsten – Spatenstiche, die den Haushalt noch lange belasten werden.

Unsinnige Neubauten: B3 bei Hemmingen

Jüngstes Beispiel für unsinnige und teure Verkehrsplanung ist die B3 in Hemmingen. Die B3 steht nicht im Straßenbauplan des Bundeshaushaltes 2014. Das Verkehrsministerium hat die B3 per Selbstermächtigung zusammen mit 26 weiteren Straßenbauprojekten am Parlament vorbei genehmigt. Viele



Sanierungsbedürftige Straße - keine Seltenheit in Deutschland.

davon hatten Prüfvermerke, ob sie denn überhaupt notwendig seien. Gesamtkosten: 1,7 Milliarden Euro.

Ökologischer Lenkungseffekt: Ausweitung der LKW-Maut

Die PKW-Maut ist nicht nur europapolitischer Wahnsinn, ein bürokratisches Monster und eine Katastrophe für den Datenschutz, sondern sie bringt auch keine relevanten Einnahmen. Wer einen ökologischen Lenkungseffekt für die Straße will, muss zwei Sachen machen: die Mineralölsteuer erhöhen und die LKW-Maut ausweiten. Ein LKW belastet die Straße 60.000 mal mehr als ein PKW. 95 Prozent aller Straßenschäden entstehen durch LKWs. Deswegen muss die LKW-Maut auf alle Straßen und auf LKW über 3,5 Tonnen ausgeweitet werden.

Wir brauchen eine grüne Verkehrswende! Es müssen jetzt die Weichen für eine finanziell realistische, klimagerechte, soziale und somit zukunftsgerechte Mobilität für das 21. Jahrhundert gestellt werden.

SVEN-CHRISTIAN KINDLER
Bundestagsabgeordneter
sven-christian.kindler@wk.bundestag.de





BERICHT AUS DEM BUNDESTAG

Die letzten Wochen im Bundestag waren vor allem geprägt durch den Krieg in Syrien und Irak, Schäubles versteckte Schulden und fehlende Investitionen.

Internationale Krisen, Haushalt und Investitionsstau

Die weltpolitische Lage macht mir zur Zeit seit Wochen extrem große Sorgen. Der Krieg in Syrien und im Irak mit dem mörderischen IS stellt die internationale Staatengemeinschaft vor eine enorme Herausforderung. Waffenlieferungen und Bodentruppen aus Deutschland halten wir Grüne für die falsche Antwort. Auch wenn es wichtig war, dass die USA mit ihren Luftschlägen den Vormarsch der IS-Truppen vorerst gebremst haben, geht es jetzt vor allem um zivile Hilfe für die Millionen von Flüchtlingen in der Region und auch hier bei uns. Wir drängen

auf ein Mandat der Vereinten Nationen gegen die Bedrohung durch den IS. Das gelingt nicht von heute auf morgen, einfache Lösungen und Antworten gibt es leider nicht. Neben dem Morden in Syrien und Irak dürfen wir aber auch andere Krisen, etwa im Sudan oder die Ebola-Epidemie in Westafrika, nicht vergessen und, müssen dort unserer humanitären Verantwortung gerecht werden.

Schulden werden versteckt

Wir haben den Haushalt 2015 und die Finanzplanung des Bundes intensiv diskutiert. Die Feierstimmung der Großen Koalition ist bloße Fassade. Schäuble versteckt seine Schulden und verschiebt große Ausgaben in die Zukunft. So nimmt er zwar keine Schulden mehr bei den Banken auf, aber in seinem heimlichen Haushalt verschuldet er sich massiv bei den Sozialkassen, durch

fehlende Investitionen und durch den Verfall der Infrastruktur.

Wir Grüne haben nachhaltige Alternativen für einen anderen Haushalt vorgelegt: Wir müssen jetzt investieren, in Klimaschutz und die Energiewende, in Bildung und Betreuung, in schnelles Internet mit dem Breitbandausbau. Die Bundesregierung muss auch endlich echte Hilfe für Flüchtlinge zur Verfügung stellen, hier in Deutschland in den Kommunen und vor Ort in den Krisenregionen. Dafür müsste Schäuble nur endlich am Haushalt mal arbeiten, ordentlich entrümpeln, umschichten, umweltschädliche Subventionen abbauen und die Einnahmen steigern. Mit unseren Anträgen zeigen wir, wie das solide und gerecht geht

EUER BUNDESTAGSABGEORDNETER SVEN-CHRISTIAN-KINDLER



BERICHT AUS DEM LANDTAG

Aus drei mach vier!

Nachdem sich Enno jahrelang für die Region zerteilen musste, teilen wir sie durch vier! Regina übernimmt die Wahlkreise Laatzen und Springe, und Maaret Langenhagen - sonst ändert sich nichts. Alle vier von uns sind aber regionsweit aktiv und direkt oder gerne auch über Martin im Regionalbüro ansprechbar.

Hospitation bei den hannoverschen Landtagsabgeordneten

Auch im aktuellen Schuljahr haben SchülerInnen der Jg. 9-13 wieder die Möglichkeit, bei uns eine einwöchige Hospitation zu machen – in Kooperation mit dem Kultusministerium sind Schulfreistellung und Fahrtkosten machbar, meldet Euch bei Interesse im Regionalbüro.

Raumordnung in GRÜN

Ein heißes Eisen, nicht nur was die richtige Einschränkung der Torfabbauflächen angeht, hat das Landwirtschaftsministerium mit der Novelle des Landesraumordnungsprogrammes (LROP) angefasst. Wir aus der Region Hannover haben insbesondere Fragen zum Konzept der zentralen Orte angesprochen, die einer Nachbesserung bedürfen. Der Entwurf stellt aber insgesamt einen wesentlichen Grünen Richtungswechsel für das Land dar!

Einbürgerungskampagne gefordert

Von den rund 130.000 Menschen, die ohne deutsche Staatsangehörigkeit in der Region leben, erfüllen fast 90.000 die für eine Einbürgerung notwendigen Kriterien. Dennoch hat es hier 2013 nicht

einmal 3.000 Einbürgerungen gegeben. Trotz der Hürden bietet die Einbürgerung doch erhebliche Vorteile, wie die rechtliche und politische Gleichstellung! Um mehr Menschen zur deutschen Staatsbürgerschaft zu bewegen, wird rot-grün zusammen mit den Migrantenselbstorganisationen eine Kampagne starten.

Immer erreichbar für Euch:

Regionalbüro (Martin): 0511/3101 5790
landtag@regionsgruene.de

Büro Thomas (Pat): 0511/3030 3320
thomas.schremmer@lt.niedersachsen.de

Büro Maaret (Pat): 0511/3030 3308
maaret.westphely@lt.niedersachsen.de

Büro Belit (Rosa): 0511/3030 3313
belit.onay@lt.niedersachsen.de

Büro Regina (Fabian): 0511/3030 3312
regina.asendorf@lt.niedersachsen.de

EURE LANDTAGSABGEORDNETEN THOMAS, MAARET, BELIT & REGINA



BERICHT AUS DER REGION

Umland und Stadt: Zwei Taxitarife

In Hannover und dem Umland werden zum Jahreswechsel verschiedene Preise für Taxifahrten gelten. Im Umland wird es eine rund zehnprozentige Steigerung geben, während in der Stadt Hannover die Preise um rund 18 Prozent steigen werden. Auf den ersten Blick erscheint dieses Vorgehen nicht ganz nachvollziehbar. Allerdings gibt es in Stadt und Umland deutlich unterschiedliche Strukturen bei den Taxiunternehmen. Die beschlossene Drucksache der Region sieht noch eines vor: Es wird im kommenden Jahr ein Gutachten geben, denn die Region Hannover hat als Genehmigungsbehörde im Rahmen der Erteilung der Konzessionen zu prüfen, ob die öffentlichen Verkehrsinteressen dadurch beeinträchtigt werden, dass durch die Ausübung des beantragten Verkehrs das örtliche Taxenge-

werbe in seiner Funktionsfähigkeit bedroht ist. Das letzte in diesem Zusammenhang erstellte Gutachten stammt aus dem Jahre 1998. Anhand der im Rahmen der Begutachtung durchgeführten Erhebungen und gewonnenen Daten soll ein für den Zuständigkeitsbereich der Region Hannover auskömmlicher, nachvollziehbarer und transparenter Taxentarif entwickelt werden, der auch die Einführung des Mindestlohns berücksichtigt.

Resolution: Asylbewerberleistungsgesetz

Rot-Grün in der Regionsversammlung hat eine Resolution an die Landesregierung auf den Weg gebracht. Der Inhalt: Die Landesregierung wird aufgefordert, sich weiter für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) einzusetzen. In einem zweiten Punkt

soll die Regionsverwaltung mit dem Land Verhandlungen führen, dass die Erstattungen nach dem Gesetz zur Aufnahme von Flüchtlingen und zur Durchführung des AsylbLG auskömmlich sind.

Die Überführung des AsylbLG in die Systematik der Sozialgesetzgebung stellte eine signifikante Entlastung der für die kommunalen Haushalte dar und die Ungleichbehandlung von Menschen in Notsituationen wäre aufgehoben.

EURE REGIONSFRAKTION



BERICHT AUS DEM RATHAUS

Haushaltplanung 2015 und Haushaltssicherung 2015-2017

Parallel zum Haushaltsplan für 2015 legte die Verwaltung angesichts der von ihr erwarteten finanziellen Verschlechterungen ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) vor. Es ist das neunte seit 1994 und soll im Zeitraum 2015 bis 2017 zu Einsparungen von 34,3 Millionen Euro pro Jahr führen (HSK IX).

Nach den grünen Beratungen und der Mitgliederversammlung sind die Verhandlungen der Ratskoalition zum Haushalt 2015 und zu HSK IX abgeschlossen. Wir haben einige grüne Schwerpunkte durchgesetzt: Die von der Verwaltung vorgeschlagene Kürzung der Aufwendungszuschüsse für den Ankauf von Belegrechtswohnungen wird gestrichen. Angesichts des Bedarfs

an sozialem Wohnraum wollen wir die von uns initiierte Kommunale Wohnraumförderung nicht reduzieren. Für den Umbau des Familienzentrums Allerweg in Linden-Süd werden 500.000 Euro in 2015 und jeweils 1,2 Millionen Euro für die beiden Folgejahre bereitgestellt. Für das Sonderprogramm zur ökologischen Aufwertung von Schulhöfen, Spielplätzen und Grünflächen werden 260.000 Euro bereitgestellt, für die Umsetzung des Bäderkonzepts erste Planungsmittel in Höhe von 400.000 Euro.

Die von der Verwaltung geplanten Kürzungen bei der Jugendverbandsarbeit werden nicht umgesetzt. Wir setzen auf eine inhaltliche Neukonzeption.

Bei den Kita-Gebühren soll die von der Verwaltung vorgesehene Erhö-

hung um zwei Prozent nicht bereits 2015, sondern erst in 2017 erfolgen, und zwar zusammen mit einer Reform der Staffelung bzw. neuer Staffeln für höhere Einkommen.

Die Automatensteuer für Geldspielgeräte wird von 18 auf 20 Prozent erhöht. Neben der Bekämpfung der Spielsucht rechnen wir mit Mehreinnahmen der Stadt in Höhe von 1,2 Millionen Euro pro Jahr ab ca. Mitte 2015. Das Gesamtvolumen von HSK IX weiten wir dadurch sogar um 700.000 Euro aus.

Der Ergebnishaushalt bleibt im Zuge der genannten Veränderungen nahezu ausgeglichen. Der Rat wird am 18. Dezember 2014 den Haushalt 2015 und das HSK IX beschließen.

EURE RATSFRAKTION

Wir trauern um Almut Peters-Bröcking

Gerade, unbequem, hartnäckig und zugleich solidarisch, rücksichtsvoll, sensibel!

So haben wir Almut Peters-Bröcking in Erinnerung. Das hat sie uns Grüne viele Jahre im engeren lokalen Bereich, aber auch im größeren Zusammenhang der Region vorgelebt.

Almut ist mitten aus ihrer vielfältigen Aktivität für die Menschen mit ihren lokalen Sorgen in Isernhagen ebenso wie für die vielen Fluglärm geplagten in etlichen weiteren Ortschaften rund um Langenhagen und die möglichen Gefahren im Umgang mit Asbest-Altlasten gerissen worden. Sie war auch als Mandatsträgerin für die Grünen im Ortsrat und Gemeinderat aktiv.

Ich selbst habe Almut mit ihrem trockenen Humor, ihrer Entschlossenheit, Fantasie und Kraft schon viel früher, Ende der 70-er Jahre, kennenlernen dürfen. Almut begleitete als wissenschaftliche Assistentin verschiedene Projekte meiner ersten Studienjahre an der Architekturabteilung in Hannover.



Almut Peters-Bröcking Foto: GRÜNE

Als wir uns viel später bei den Grünen wieder trafen, konnten wir ungebrochen an diese Verbunden-

heit aus gemeinsamem Engagement in Zeiten eines damals weitaus freieren Studiums anknüpfen. Für mich war immer spürbar, dass sie keines der Ideale aus der Vergangenheit verloren gegeben hat und selbst konsequent weiter an deren Umsetzung, nicht nur im eigenen Leben, gearbeitet hat.

Das gab ihren nicht immer einfachen Forderungen für grundsätzliche Veränderungen den nötigen Nachdruck und die unbedingte Glaubwürdigkeit.

Ihr plötzlicher Tod hat uns sehr erschüttert. Wir trauern mit der Familie und Ihren vielen Freunden.

ENNO HAGENAH
ehem. Vorsitzender RV
enno.hagenah@
gruene-hannover.de



Sven-Christian Kindler lädt nach Berlin ein

Politische Informationsfahrten 2015

Willst du unseren Abgeordneten Sven-Christian Kindler im Bundestag besuchen und dabei Berlin mal von seiner politischen Seite kennenlernen? Dann melde Dich jetzt an für seine zweitägigen Informationsfahrten ab Hannover. Die Termine 2015: 16./17. April, 18./19. Juni und 22./23. Oktober.

Die Teilnahmegebühr beträgt 20 Euro und die Fahrten sind auf 50 Personen begrenzt.

Kontakt:
sven-christian.kindler@
wk.bundestag.de
Telefon: 0511 - 700 36 844

RedakteurInnen gesucht

Mach mit im Redaktionsteam der Grünen Seiten!

Du möchtest Dich ehrenamtlich bei den Grünen in der Region Hannover engagieren? Du bist wortgewandt und zuverlässig? Du hast bereits Erfahrung in redaktioneller Textarbeit oder der Herausgabe von Zeitungen? Dann bist Du bei uns richtig!

Was erwartet Dich?

- Du bearbeitest und redigierst die Texte unserer AutorInnen.
- Du schreibst kleine Artikel.
- Du fotografierst oder suchst passende Motive für die Beiträge.

- Du triffst Dich alle drei Monate mit uns zur Redaktionssitzung.
- Du lernst viele gleichgesinnte Menschen kennen und knüpfst Kontakte.

Die Grünen Seiten erscheinen dreimal im Jahr. Ziel ist es, unseren Mitgliedern grüne Politik zu verdeutlichen.

Bei Interesse und Fragen melde dich bei Elke Wohlfarth in der Geschäftsstelle:

wohlfarth@gruene-hannover.de
Telefon: 0511 - 3008866

Vanillekipferl

Zutaten:

- 300 g Weizenmehl
- 1 Ei Maisstärke
- 150 g gemahlene Mandeln
- 125 g Zucker
- Prise Salz
- 1 Vanilleschote
- 225 g weiche vegane Butter
- 3 Ei Vanillezucker
- 30 g Puderzucker
- Mehl für die Arbeitsfläche

Zubereitungszeit ca. 30 Minuten
(plus Kühlzeit 30 Minuten)
Backzeit 15 Minuten

Mehl, Stärke, Mandeln, 75 g Zucker und eine Prise Salz in einer Rührschüssel verrühren. Die Vanilleschote längs aufschlitzen, das Mark herauskratzen. Vegane Butter und Vanillemark zu den trockenen Zutaten in die Rührschüssel geben. Mit dem Handrührgerät zu einem glatten Teig verarbeiten.

Den Mürbeteig in vier gleich große Teile teilen. Die Teigstücke auf einer mit Mehl bestäubten Arbeitsfläche zu ca. 1 1/2 cm dicken Rollen formen. In Frischhaltefolie wickeln und mind. 30 Minuten kühl stellen.



Foto: GRÜNE

Frisch aus dem Ofen: Vanillekipferl

Zwei Backbleche mit Backpapier auslegen. den Backofen auf 175°C Ober- Unterhitze (160° Umluft) vorheizen. Die Teigrollen aus dem Kühlschrank nehmen, auswickeln und in ca. 2 cm breite Scheiben schneiden. Zu Kipferln formen und auf die Bleche verteilen. Im vorgeheizten Backofen bei Umluft zusammen oder nacheinander 12 – 15 Minuten backen. Sie sollen nicht braun werden!

In der Zwischenzeit den restlichen Zucker mit Vanille- und Puderzucker in einer Schüssel vermischen. Die Vanillekipferl aus dem Ofen holen und schnell, aber vorsichtig in der Zuckermischung wenden. Nun auskühlen lassen.

NICOLE VAN DER MADE
REGIONS-VORSTAND
nicole@v-d-made.de



MITGLIEDSBEITRÄGE UND SPENDEN

Wir freuen uns über jede Spende und sind von der regelmäßigen Zahlung der Mitgliedsbeiträge abhängig. Der Mitgliedsbeitrag beträgt ein Prozent des Nettoeinkommens. Beitragsanpassung dringend erwünscht! Hierzu reicht ein Anruf oder eine Mail. Auch Einzugsermächtigungen könnt Ihr uns ganz einfach telefonisch oder per Mail (region@gruene-hannover.de) erteilen!

Bei Fragen meldet Euch in der Geschäftsstelle.

IMPRESSUM

Grüne Seiten sind das Mitteilungsblatt des Regionsverbands Hannover von Bündnis 90/ Die Grünen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Frauke Patzke, Stefan Körner, Nicole van der Made, Jan Haude, Daniel Gardemin, Sven-Christian Kindler, Carolin Jaekel, Norman Seibert, Silke Stokar, Enno Hagenah, Silvia Hesse, Maaret Westphely, Belit Onay, Thomas Schremmer, Regina Asendorf, Martin Nebendahl, Günter Wulfert, Ute Lamla, Uta Engelhardt, Simon Gerndt, Janine Drolinvaux, Urs Mansmann, Elke Wohlfarth.

Redaktionsteam: Janine Drolinvaux, Urs Mansmann, Norman Seibert, Elke Wohlfarth (v.i.S.d.P.).

Layout: Elke Wohlfarth, Christian Gailus

Druck: Lister Copy- und Büro-Service GmbH Pelikanstraße 13 A, 30177 Hannover. Gedruckt auf 100 Prozent Recycling-Papier. **Grüne Seiten** werden kostenlos an alle Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Regionsverband Hannover verschickt. Ausgabe 01/15 erscheint voraussichtlich im März 2015.



Bündnis 90/Die Grünen
Senior-Blumenberg-Gang 1
30159 Hannover
Tel. 0511/300 88 66,
Fax 0511/300 89 66

region@gruene-hannover.de
www.gruene-hannover.de

Bankverbindung:
IBAN: DE42 2512 0510 0008 4187 00
Bank für Sozialwirtschaft
BIC: BFSW DE33 HAN



DIE GRÜNE JUGEND TRIFFT SICH
JEDEN MITTWOCH UM 18.00 UHR
IM GRÜNEN ZENTRUM.

INTERESSENTINNEN SIND
HERZLICH WILLKOMMEN!

Esst doch, was ihr wollt

TERMINE



Foto: CC BY-SA 2.0 / andynash / flickr.com

Wurst-Case-Szenario in Bayern

Bei der BDK in Hamburg haben wir Grünen uns vom Veggie-Day verabschiedet. Die Entscheidung war knapp, das Ringen heftig, aber der Druck war auch groß. Für die an sich gute Idee, an einem Tag pro Woche in öffentlichen Kantinen für vegetarische Küche zu werben, haben uns die WählerInnen nach einer Kampagne der BILD-Zeitung bei den letzten Bundestagswahlen abgewatscht. In meinem Bekanntenkreis gibt es viele, die fleischfreie Ernährung eigentlich ziemlich gut finden, einen Veggie-Day lehnen sie aber alle vehement ab. Zwang kommt nicht gut an.

Die CSU macht sowas anders. Die will für Schulkinder bundesweit gleich drei Veggie-Days pro Woche einführen. Das ist zwar auch nicht, was die Schüler wollen – die meisten hätten wohl gerne jeden Tag Schnitzel oder Spaghetti Bolognese – aber irgendwie klingt „höchstens zweimal pro Woche Fleisch in Schulkantinen“ weniger nach Bevormundung als der Veggie-Day und mehr nach Fürsorge für die lieben Kleinen. Der Ton macht die Musik. Und natürlich fordert der Bundesgesundheitsminister nicht drei Veggie-Days pro Woche, sondern setzt lediglich die Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung in die

Praxis um. Wer könnte etwas dagegen haben?

Vegetarische Ernährung liegt im Trend, jede Skandalmeldung aus der Massentierhaltung stärkt die neue Bewegung. In Kantinen gibt es jeden Tag vegetarisches Essen, wenn man das mag; jeder hat die freie Wahl. Immer mehr Menschen entscheiden sich gegen den Konsum von Fleisch, aus freien Stücken und ganz ohne Veggie-Day.

Selbst die Wurstproduzenten reagieren schon. Einer der größten Hersteller in Deutschland, Rügenwalder, will künftig einen großen Teil seines Geschäfts mit vegetarischen Produkten machen. Ab Dezember 2014 vermarktet das Unternehmen fleischfreie Wurst, sogar mit veganen Varianten. In fünf Jahren soll der Anteil am Umsatz bei 30 Prozent liegen. Offenbar hat man das Wurst-Case-Szenario dort durchgespielt und erkannt, dass niemand eine Idee aufhalten kann, deren Zeit gekommen ist.

URS MANSMANN
 Bezirksrat Misburg-Anderten
urs.mansmann@gruene-hannover.de



Mo, 12.01.2015, 18:00-20:00
 AG Kultur, Senior-Blumenberg-Gang 1, 1.OG

Mo, 12.01.2015, 18:00-20:00
 AG Soziales, Senior-Blumenberg-Gang 1

Mi, 14.01.2015 18:30-20.30
 AG Rad und Stadt, Senior-Blumenberg-Gang 1, 1.OG

Do, 15.01.2015, 18:00-20:00
 AG Migration, Senior-Blumenberg-Gang 1, 1.OG

Sa, 17.01.2015 ganztägig
 Wir haben es satt! Stoppt Tierfabriken, Gentechnik und TTIP. Fahrt mit uns im GRÜNEN BUS zur Demo nach Berlin. Fahrkarten gibt es im Senior-Blumenberg-Gang 1.

Sa, 17.01.2015 ganztägig
 Nazis keinen Raum geben! Fahrt mit uns im GRÜNEN BUS zur Demo nach Magdeburg. Nazis aus ganz Deutschland wollen in Magdeburg aufmarschieren. Wir treten ihnen mit Zivilcourage entgegen. Fahrkarten gibt es im Senior-Blumenberg-Gang 1.

Di, 20.01.2015, 15:15-16:00
 AG OPA, Senior-Blumenberg-Gang 1, 1.OG

Di, 20.01.2015, 18:00-20:00
 Treffen der grünen StadtteilgruppensprecherInnen aus Hannover, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG

Mi, 21.01.2015, 18:00-20:00
 AG Schule, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG

Di, 03.02.2015, 18:15-20:00
 AG Migration, Senior-Blumenberg-Gang 1, 1. OG

Sa, 07.02.2015, 10:00 - 16:00
 AG Land & Tier, Ein Maststall soll gebaut werden. Einflussmöglichkeiten auf das Genehmigungsverfahren auf kommunaler Ebene. Workshop für KommunalpolitikerInnen und Interessierte im Freizeitheim Ricklingen. Anmeldung erbeten.

Mo, 09.02.2014, 18:00-20:00
 AG Soziales, Senior-Blumenberg-Gang 1, 1.OG

Di, 10.02, 18:00-20:00
 Grünes Engagement für Flüchtlinge, Austausch- und Info-Treffen (mit der Fraktionsvorsitzenden Freya Markowis, Regine Kramarek u.a.), Senior-Blumenberg-Gang 1, UG

Mi, 11.02.2015 18:30-20.30
 AG Rad und Stadt, Senior-Blumenberg-Gang 1, 1.OG

Do, 12.02.2015, 18:00 - 20:00
 AG Migration, Senior-Blumenberg-Gang 1, 1.OG

16.-17.04.2015 zweitägig
 Politische Bildungsfahrt nach Berlin mit Sven-Christian Kindler (MdB). Informationen und Anmeldung im Wahlkreisbüro, E-Mail: sven-christian.kindler@wk.bundestag.de